



# Rathaus

## Umschau

**Donnerstag, 19. Januar 2017**

Ausgabe 013

[ru.muenchen.de](http://ru.muenchen.de)

## Inhaltsverzeichnis

<b>Terminhinweise</b>	<b>2</b>
<b>Meldungen</b>	<b>3</b>
› Stadt schafft Schutzräume für vulnerable Geflüchtete	3
› Stadtrat beschließt ersten Nachbarschaftstreff für Freiam Nord	3
› Sozialwohnungen: Dienststelle vorübergehend geschlossen	4
› Sanierung Alte Heimat: Erste Fördergelder auf dem Weg	4
› Kunstakadem: Gruppenausstellung „Ancestor Simulation“	5
› NS-Dokuzentrum: Kuratorenführung durch Sonderausstellung	5
› Sparen beim Heizen: Vortrag im Bauzentrum	6
<b>Antworten auf Stadtratsanfragen</b>	<b>7</b>
<b>Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat</b>	
<b>Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften</b>	



# Terminhinweise

Wiederholung

## **Freitag, 20. Januar, 18 Uhr, Saal des Alten Rathauses**

Oberbürgermeister Dieter Reiter spricht beim Neujahrsempfang für die Münchner Schülersprecherinnen und Schülersprecher sowie die Verbindungslehrerinnen und Verbindungslehrer.

Wiederholung

## **Freitag, 20. Januar, 18 Uhr, ubo9, Ubostraße 9**

Wiedereröffnung und Übergabe von „ubo9“ an den Trägerverein Kulturnetz 22 mit Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers, Kommunalreferent Axel Markwardt, dem Vorsitzenden des Bezirksausschusses 22, Sebastian Kriesel, sowie dem Vorsitzenden des Trägervereins Kulturnetz 22, Wolfgang Mayer. Die städtischen Räume in der Ubostraße 9 wurden während des Jubiläums „1.000 Jahre Aubing“ für das Kulturprogramm genutzt. Nach einem Umbau durch das Kommunalreferat stehen mit dem ubo9 künftig dauerhaft Räume zur kulturellen und bürgerschaftlichen Nutzung in Aubing zur Verfügung.

Die Veranstaltung findet mit geladenen Gästen statt. Von Samstag, 21. Januar, bis Sonntag, 29. Januar, gibt es ein öffentliches Kulturprogramm zur Wiedereröffnung.

**Achtung Redaktionen:** Informationen und Bildmaterial können per E-Mail an [presse.kulturreferat@muenchen.de](mailto:presse.kulturreferat@muenchen.de) angefordert werden.

## **Dienstag, 24. Januar, 11 Uhr,**

### **Altes Atelier, Museum Villa Stuck, Prinzregentenstraße 60**

Jahrespressekonferenz zu Ausstellungen und Aktivitäten des Museums Villa Stuck im Jahr 2017 mit Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers, dem Direktor des Museums Villa Stuck, Michael Buhrs, sowie Kuratoren und Partnern der neuen Ausstellungen.

## **Dienstag, 24. Januar, 15.30 Uhr, Stiftsbogen 74**

Petra Reiter, Ehefrau des Oberbürgermeisters, gratuliert der Münchner Bürgerin Leonore Lemm im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

## **Dienstag, 24. Januar, 19 Uhr, Kunstarkaden, Sparkassenstraße 3**

Eröffnung der Gruppenausstellung „Ancestor Simulation“ mit Grußworten von Stadtrat Dr. Wolfgang Heubisch (Fraktion Freiheitsrechte Transparenz Bürgerbeteiligung) in Vertretung des Oberbürgermeisters. Die Ausstellung

zeigt Arbeiten von neun Studierenden der Medienklasse Klaus vom Bruch, Akademie der Bildenden Künste München.

*(Siehe auch unter Meldungen)*

## Meldungen

### **Stadt schafft Schutzräume für vulnerable Geflüchtete**

(19.1.2017) Die Landeshauptstadt will LGBT\*-Flüchtlinge (Lesben, Schwule, Bisexuelle und Trans\* Menschen) in besonderen Schutzräumen unterbringen und betreuen. Zudem sollen die Kapazitäten zur Unterbringung von geflüchteten Frauen ausgebaut werden. Entsprechende Pläne hat der Sozialausschuss in seiner heutigen Sitzung beschlossen. In einem ersten Modellprojekt will das Amt für Wohnen und Migration die Zielgruppe der geflüchteten LGBT\* in bis zu fünf Wohngemeinschaften unterbringen. Für die sozialpädagogische Betreuung werden im Amt für Wohnen und Migration 0,5 Vollzeitäquivalente umgesteuert. Rückmeldungen aus Beratungsstellen, Unterkünften sowie der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen zeigen, dass es einen akuten Bedarf für eine gesonderte Unterbringung dieser Gruppe gibt. Verfolgung aufgrund sexueller Identität/Orientierung ist häufig der ausschlaggebende Fluchtgrund für die Betroffenen.

### **Stadtrat beschließt ersten Nachbarschaftstreff für Freiham Nord**

(19.1.2017) Der Sozialausschuss des Stadtrats hat in seiner heutigen Sitzung die Einrichtung eines ersten Nachbarschaftstreffs für das neue Stadtquartier Freiham Nord beschlossen. Der Treff soll im Rahmen des 1. Bauabschnitts an der Aubinger Allee entstehen und im Herbst 2019 eröffnet werden. Für den Nachbarschaftstreff sind Räumlichkeiten mit insgesamt zirka 200 Quadratmetern Fläche geplant; sie werden von der GMG – Städtische Wohnungsbaugesellschaft mbH zur Verfügung gestellt, die Vergabe erfolgt über ein Trägersauswahlverfahren. Besonderes Augenmerk bei der Ausschreibung gilt den Themen Inklusion und Integration. Mit der Einrichtung von Nachbarschaftstreffs fördert die Landeshauptstadt Engagement und Selbsthilfe im Quartier, zudem sollen die Treffs den neuen Bewohnerinnen und Bewohnern als Orientierungs- und Informationsplattform dienen. Im Stadtquartier Freiham Nord im Münchner Westen sollen bis 2030 insgesamt zirka 8.000 Wohnungen für über 20.000 Menschen entstehen.

**Sozialwohnungen: Dienststelle vorübergehend geschlossen**

(19.1.2017) Wegen der hohen Zahl offener Wohnungsanträge muss der Fachbereich Registrierung und Vergabe von Sozialwohnungen im Amt für Wohnen und Migration des Sozialreferats in den Wochen vom 23. bis 27. Januar sowie vom 20. bis 24. Februar vorübergehend geschlossen werden. Ziel ist, das Personal zum Bearbeiten der offenen Anträge einzusetzen. Die Abgabe von Anträgen an der Infothek ist weiterhin möglich. Zudem wird eine Info-Hotline unter Telefon 2 33-9 68 20 für dringende Anfragen eingerichtet. Alle anderen Fachbereiche im Wohnungsamt, wie zum Beispiel Mieterberatung, die Zentrale Wohnungslosenhilfe oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, sind von der Schließung nicht betroffen und stehen zu den bekannten Öffnungszeiten uneingeschränkt zur Verfügung.

**Sanierung Alte Heimat: Erste Fördergelder auf dem Weg**

(19.1.2017) Bereits im September 2016 hatte der Kommunalausschuss des Stadtrats die Sanierung und Nachverdichtung der in die Jahre gekommenen Stiftungssiedlung „Alte Heimat“ in Laim beschlossen. Die Sanierung ist auf zwei Bauabschnitte angelegt. Die Arbeiten starten demnächst am Kiem-Pauli-Weg. Dort warten insgesamt 363 Mietwohnungen auf ihre Instandsetzung.

„Dem Kommunalreferat ist es zusammen mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GEWOFAG gelungen, beim Freistaat für die groß angelegte Sanierung und die Ergänzungsbauten in der Siedlung ‚Alte Heimat‘ umfangreiche Fördermittel zu beantragen. Statt zirka 110 Millionen Euro für die Gesamtmaßnahme mit Neubau und Sanierung kommen deshalb nach der Bewilligung der Förderung durch den Freistaat auf die Stadt nur noch zirka 30 Millionen Euro zu“, freut sich Kommunalreferent Axel Markwardt. „Für den ersten Instandsetzungsabschnitt am Kiem-Pauli-Weg belaufen sich die Kosten auf zirka 11,6 Millionen Euro. Dazu hat die Regierung von Oberbayern nun staatliche Fördergelder in Höhe von zirka 8,6 Millionen Euro als Zuschüsse bewilligt.“

„Die Instandsetzung umfasst unter anderem den Neuanstrich der Fassaden, die Sanierung der Treppenhäuser, die Instandsetzung der Balkone und Loggien, die Erneuerung der Elektroinstallationen sowie Brandschutzmaßnahmen in Kellern und Treppenhäusern. Außerdem werden neue Vordächer und Gegensprechanlagen an den Hauseingängen errichtet“, erläutert Dr. Klaus-Michael Dengler, Sprecher der Geschäftsführung der GEWOFAG. „Bei diesem Projekt liegt es dem Kommunalreferat und der GEWOFAG besonders am Herzen, die Wohnqualität für unsere Mieterinnen und Mieter, von denen viele schon lange Zeit in der Siedlung wohnen, zu erhöhen.“

Die Instandsetzung der „Alten Heimat“ beginnt im Frühjahr 2017, die ersten Neubauten entstehen voraussichtlich ab 2018. Bereits ab 2023 – und damit zwei Jahre früher als ursprünglich geplant – sollen die Arbeiten abgeschlossen sein. Statt der bisherigen 604 Wohnungen gibt es in Zukunft 826 Einheiten – die neu entstandenen Wohnungen barrierefrei, größer, 120 sogar familiengerecht. Zusätzlich zu den Wohneinheiten entstehen auf dem Areal der „Alten Heimat“ eine Kita sowie ein Quartierstreff und drei Tiefgaragen. Die großzügigen Grünflächen bleiben weitgehend erhalten.

### **Kunstarkaden: Gruppenausstellung „Ancestor Simulation“**

(19.1.2017) Die multimediale Ausstellung „Ancestor Simulation“ in den städtischen Kunstarkaden geht auf erzählerische Weise der Frage nach, wie es wäre, wenn wir in einer simulierten Welt leben würden. Neun Studierende der Medienklasse Klaus vom Bruch an der Akademie der Bildenden Künste München greifen Fragestellungen aus dem Traktat „Are we living in a Simulation?“ des Philosophen Nick Bostrom auf. In ihren Arbeiten an der Schnittstelle von Videokunst, Objektkunst, Klangkunst und Installation stellen sie mögliche Beweisführungen vor, dass wir in einer Simulation leben. Gleichzeitig wird durch eine Gegenüberstellung mit Fakten aus der realen Welt, wie Politik, Überwachung, Religion oder Geschichtlichkeit, das vorgestellte Konzept der Simulation in Frage gestellt.

In der Ausstellung sind interdisziplinäre Positionen von Violetta Abate, D.A.Y., Vanessa Ivan, Iason Konstantinou, An Laphan, Jonas Mayer, Patrick Tircher, Janina Totzauer und Lia Melissa Wehrs zu sehen.

Die Ausstellung „Ancestor Simulation“ wird am Dienstag, 24. Januar, 19 Uhr, mit einer Begrüßung durch Stadtrat Dr. Wolfgang Heubisch (Fraktion Freiheitsrechte Transparenz Bürgerbeteiligung) in Vertretung des Oberbürgermeisters eröffnet. Sie ist vom Mittwoch, 25. Januar, bis Samstag, 18. Februar, Dienstag bis Samstag von 13 bis 19 Uhr in den Kunstarkaden, Sparkassenstraße 3, zu sehen. Finissage: Samstag, 18. Februar, 19 Uhr. Der Eintritt in den Kunstarkaden ist frei.

Informationen auch unter [www.muenchen.de/kunstarkaden](http://www.muenchen.de/kunstarkaden).

*(Siehe auch unter Terminhinweise)*

### **NS-Dokuzentrum: Kuratorenführung durch Sonderausstellung**

(19.1.2017) Am Dienstag, 24. Januar, um 17.30 Uhr bietet das NS-Dokumentationszentrum München, Briener Straße 34, die letzte Kuratorenführung durch die aktuelle Sonderausstellung an. Die Präsentation „Die Verfolgung der Sinti und Roma in München und Bayern 1933-1945“ dokumentiert die Verfolgung der Sinti und Roma von der Kaiserzeit bis in die Gegenwart und ist noch bis zum 12. Februar zu sehen. Besonderes Augenmerk liegt auf ihrem Schicksal während der NS-Zeit. Die Münchner Opfer werden erstmals umfassend dokumentiert.



Der Eintritt beträgt 5 Euro, ermäßigt 2,50 Euro. Die Kuratorenführung ist kostenfrei, die Teilnehmerzahl begrenzt.

**Sparen beim Heizen: Vortrag im Bauzentrum**

(19.1.2017) Ein großer Teil der eingesetzten Primärenergie wird zum Heizen gebraucht. Klimaschutz muss daher insbesondere die Wärmeenergie berücksichtigen. Der Planer und Sachverständige Rudi Seibt erklärt am Dienstag, 24. Januar, 18 Uhr, im Bauzentrum München, Willy-Brandt-Allee 10, die bauphysikalischen Grundlagen gesunden Wohnens. Für die Erstellung des auf die jeweiligen Bedürfnisse abgestimmten Energiekonzeptes sind die Heizflächen, die Wärmequellen, die Bereitstellung von Sonnenwärme und Sonnenstrom sowie die Regelung. Der Eintritt ist frei.

Nähere Information unter [www.muenchen.de/bauzentrum](http://www.muenchen.de/bauzentrum), per E-Mail an [bauzentrum.rgu@muenchen.de](mailto:bauzentrum.rgu@muenchen.de) oder unter Telefon 54 63 66 - 0.



# Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 19. Januar 2017

## **Türkische Rechtsextreme in München**

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Gülseren Demirel und Dominik Krause (Fraktion Die Grünen/Rosa Liste) vom 16.1.2017

## **Die Stadt München nutzt externe Architektenleistungen als Unterstützungsangebot, um das Ziel „Bayern Barrierefrei 2023 – Inklusive Stadt München“ auch wirklich zu erreichen**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Gülseren Demirel, Jutta Koller, Sabine Krieger und Oswald Utz (Fraktion Die Grünen/Rosa Liste) vom 3.11.2016

## **Wie stellt sich die Landeshauptstadt angesichts fortschreitender Digitalisierung und Vernetzung in Gewerbe und Verwaltung den neuen Herausforderungen an die berufliche Ausbildung, Nachqualifizierung und Weiterbildung**

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Cetin Oraner und Brigitte Wolf (Die Linke) vom 21.11.2016



### **Türkische Rechtsextreme in München**

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Gülseren Demirel und Dominik Krause (Fraktion Die Grünen/Rosa Liste) vom 16.1.2017

### **Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Thomas Böhle:**

Ihre Anfrage vom 16.1.2017 wurde im Auftrag von Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter in Federführung dem Kreisverwaltungsreferat zur Beantwortung zugeleitet.

Ihrer Anfrage schicken Sie folgenden Sachverhalt voraus:

*„Nach uns vorliegenden Informationen kandidieren auf mindestens zwei Listen für die Wahl des Migrationsbeirats Vertreterinnen und Vertreter aus dem rechtsextremen türkischen Spektrum, im speziellen der ultranationalistischen und religiös-fundamentalistischen ‚Ülkücü‘-Bewegung (Graue Wölfe). Die Bundeszentrale für Politische Bildung schreibt über diese: ‚Die ‚Grauen Wölfe‘ gelten als gewaltbereit und waren in der Vergangenheit sowohl in der Türkei als auch in Deutschland an Gewalttaten gegen politische Gegner beteiligt.‘“*

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen teilen wir Ihnen Folgendes mit:

#### **Frage:**

*Was ist der Stadtverwaltung über die Aktivitäten der Ülkücü-Bewegung in München bekannt?*

#### **Antwort:**

Die Stadtverwaltung erlangt im Rahmen Ihrer Aufgabenstellung Kenntnisse über die Aktivitäten der Ülkücü-Bewegung. Neben dem Kreisverwaltungsreferat ist vor allem die Fachstelle für Demokratie mit den Aktivitäten der Ülkücü-Bewegung befasst.

Stellungnahme der Fachstelle für Demokratie:

„Die Fachstelle für Demokratie ist auch mit ausländischen extrem rechten Organisationen und Strömungen in München befasst. Dies beinhaltet auch die Ülkücü-Bewegung und deren bekannte Organisationsstrukturen in München. Im Übrigen verweisen wir zur genaueren Einschätzung auf die Veröffentlichung der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (firm), die ein Teil des ‚Münchner Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Rassismus, religiöse Radikalisierung und Menschenfeindlichkeit‘ ist. Die firm hat bereits mehrere Broschüren zum Thema veröffentlicht, bei-



spielsweise die Broschüre ‚Extrem rechte politische Weltanschauungen von Migrant\_innen (in München), Teil 3: Beispiele ethnischer nationalistischer und rechtspopulistischer Gruppen von Migrant\_innen in München‘. In dieser setzt sie sich auch mit den Münchner Ablegern der Ülkücü-Bewegung auseinander. Darüber hinaus hat die firm auch am 15.11.2016 einen Text ‚Die ultranationalistische türkische Ülkücü-Bewegung am Beispiel Bayern‘ veröffentlicht, der die aktuelle Situation zusammenfasst. Der Übersichtsartikel ist abrufbar unter <http://www.feierwerk.de/einrichtungen-projekte/089-gegen-rechts/material/d/article/uebersichtsartikel-ueber-die-ultranationalistische-tuerkische-idealisten-bewegung-in-bayern/>

**Teilfrage a):**

*Gibt es regelmäßige Abfragen bei Staats- und Verfassungsschutz über diese?*

**Antwort:**

Das Kreisverwaltungsreferat steht in einem ständigen Austausch mit den staatlichen Sicherheitsbehörden zu allen staats- bzw. verfassungsschutzrelevanten Themenfeldern. Im Bedarfsfall erfolgen zudem konkrete Abfragen. Regelmäßige systematische, spezielle Abfragen über die „Ülkücü“-Bewegung finden nicht statt.

**Teilfrage b):**

*Wie viele Versammlungen aus diesem Spektrum in den vergangenen zwei Jahren (inklusive Teilnehmerzahl) fanden in den letzten beiden Jahren statt?*

**Antwort:**

Die Versammlungsbehörde teilt mit, dass ihr keine Versammlungen aus diesem Spektrum in den vergangenen zwei Jahren bekannt sind. Auf Nachfrage teilte das Polizeipräsidium München ebenfalls mit, dass keine Erkenntnisse über Versammlungen aus diesem Spektrum in den vergangenen zwei Jahren vorliegen.

**Teilfrage c):**

*Welche Organisationsstrukturen in München gibt es?*

**Antwort:**

Soweit erkennbar ist die „Ülkücü“-Bewegung nicht als starre Organisationsform zu sehen. Im Bereich der Landeshauptstadt München bestehen verschiedene Vereine, die der sog. „Ülkücü“-Bewegung zugerechnet werden. Hinzu kommen Gruppen die nicht als Verein organisiert sind. Die zahl-



lenmäßig stärkste Anhängerschaft der „Ülkücü“-Bewegung ist im Dachverband ADÜTDF organisiert. Die ADÜTDF ist, soweit bekannt, in München vor allem mit kulturellen und sportlichen Veranstaltungen aktiv.



**Die Stadt München nutzt externe Architektenleistungen als Unterstützungsangebot, um das Ziel „Bayern Barrierefrei 2023 – Inklusive Stadt München“ auch wirklich zu erreichen**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Gülseren Demirel, Jutta Koller, Sabine Krieger und Oswald Utz (Fraktion Die Grünen/Rosa Liste) vom 3.11.2016

**Antwort Sozialreferentin Dorothee Schiwy:**

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Sie beantragen, dass die Stadtverwaltung sich bei Neu- und Umbauten mit den Anforderungen für inklusiv nutzbare Gebäude beschäftigen soll und dabei externe Facharchitekten hinzuziehen soll.

Die Planung und Beauftragung von Bauwerken gehört zu den ständigen Aufgaben der zuständigen Referate. Dabei sind selbstverständlich die Auflagen der Bayerischen Bauordnung und der einschlägigen DIN-Vorschriften in Bezug auf die Barrierefreiheit zu beachten. Ob und inwieweit externe Leistungen beauftragt werden müssen, obliegt der Verantwortung der Referate.

Der Inhalt des Antrages betrifft deshalb eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zu Ihrem Antrag vom 3.11.2016 teile ich Ihnen aber Folgendes mit:

Sie fordern die Stadtverwaltung auf, sich bei allen zukünftigen Neu- und Umbauten – vor allem im Kultur- und Bildungsbereich – intensiv mit den Voraussetzungen für inklusive Gebäude zu beschäftigen und mit externen Facharchitekten zusammenzuarbeiten.

Dazu benennen sie sechs konkrete Punkte, die von der Zusammenarbeit umfasst sein sollen.

Den verwendeten Begriff „inklusive Gebäude“ interpretiert das Sozialreferat so, dass das Bauwerk barrierefrei ist und Inklusion, also die Einbeziehung aller in die vorgesehene Nutzung, ermöglicht und unterstützt.

Die Landeshauptstadt München arbeitet seit mehreren Jahrzehnten an dem Abbau von baulichen und anderen Barrieren. In dieser Zeit haben sich die gesetzlichen Vorgaben und die technischen Normen weiterentwickelt.



Die sich wandelnde Definition von Barrierefreiheit bedeutet, dass diese nicht zu einem festen Stichtag im Jahr 2023 erreicht werden kann, sondern eines steten Bemühens und einer ständigen Entwicklung bedarf.

Ein wichtiges Instrument der Landeshauptstadt München zur barrierefreien Bauweise ist der Städtische Beraterkreis barrierefreies Planen und Bauen, dessen Geschäftsführung im Sozialreferat, Amt für Soziale Sicherung, angesiedelt ist. Er unterstützt nicht nur die städtischen Referate, sondern auch alle anderen Bauträger, die dies wünschen, mit fachkundiger Beratung.

Derzeit gehören dem Beraterkreis folgende Dienststellen, Organisationen und Interessensvertretungen an:

- die Referate der Landeshauptstadt München
- der Behindertenbeauftragte der Landeshauptstadt München
- die Gesamtschwerbehindertenvertretung der Landeshauptstadt München
- die Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege München
- der Behindertenbeirat der Landeshauptstadt München
- der Seniorenbeirat der Landeshauptstadt München
- der Sozialverband VdK München
- der Club Behinderter und ihrer Freunde (CBF)
- die Stiftung Pfennigparade
- der Bayerische Blinden- und Sehbehindertenbund (BBSB)
- die Beratungsstelle Wohnen des Vereins Stadtteilarbeit
- der Kreisjugendring München-Stadt
- die Behindertenvertretung im Erzbischöflichen Ordinariat
- die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG)
- der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV)
- die Deutsche Bahn
- die Beratungsstelle Barrierefreiheit der Bayerischen Architektenkammer

Die städtischen Referate können die Leistungen der Beratungsstelle Barrierefreiheit der Bayerischen Architektenkammer auch ohne Einbeziehung des Beraterkreises nutzen. Bei der Unterstützung handelt es sich jedoch grundsätzlich nur um eine Erstberatung. Auf ihrer Website stellt sich die Beratungsstelle wie folgt vor:

„Bereits 1984 hat die Bayerische Architektenkammer mit Unterstützung des Bayerischen Sozialministeriums die ‚Beratungsstelle Barrierefreies Bauen‘ eingerichtet. In diesen 30 Jahren hat sie über 60.000 kostenlose



Beratungen durchgeführt und über alle wesentlichen Aspekte des barrierefreien Planens und Bauens informiert.

Seit 2015 bietet die Bayerische Architektenkammer ein nochmals erweitertes Beratungsangebot und ist mit ihrem neuen Namen ‚Beratungsstelle Barrierefreiheit‘ ein zentraler Bestandteil des Programms ‚Bayern barrierefrei 2023‘.

Der Behindertenbeirat – Facharbeitskreis Mobilität nahm zum Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen – rosa liste wie folgt Stellung:

„Der Facharbeitskreis Mobilität im Behindertenbeirat der LHM unterstützt den Antrag, der aus seiner Sicht dahingehend zu ergänzen ist, dass auch für den öffentlichen Verkehrs- und Freiraum Beratungsleistungen erforderlich sind.

Die vorhandenen Strukturen – Städtischer Beraterkreis Barrierefreies Planen und Bauen und Facharbeitskreis Mobilität im Behindertenbeirat – können aufgrund der vorhandenen Kapazitäten nur punktuell beraten. Das Angebot der Bayerischen Architektenkammer kann die bestehenden Lücken bei weitem nicht schließen. Die langjährige Praxis zeigt, dass viele Planer bis heute nicht über das Know-how oder die entsprechende Sensibilität verfügen, um eine barrierefreie Planung und deren Umsetzung zu gewährleisten.

Den ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im FAK Mobilität und im Städtischen Beraterkreis Barrierefreies Planen und Bauen würde diese Unterstützung sehr helfen, da sie schon seit einigen Jahren an ihre Kapazitätsgrenze gelangt sind und viele Projekte gar nicht oder nicht in der erforderlichen Tiefe beraten und begleiten können.

Zusätzlich zu diesem ehrenamtlichen Engagement – das der Facharbeitskreis auch weiterhin im derzeitigen Umfang aufrechterhalten wird – sollten daher zusätzliche Beratungsleistungen finanziert werden. Sie werden mit Sicherheit zu mehr Planungen und Umsetzungen von Baumaßnahmen führen, die tatsächlich den Maßgaben der Barrierefreiheit entsprechen.

Der von der Vollversammlung im Juli 2013 verabschiedete 1. Aktionsplan zur Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention zeigt, dass die LHM hier Vorreiter sein möchte.



Deshalb ist es nur folgerichtig, über die Parteigrenzen hinweg eine fachlich sinnvolle Entscheidung zu fällen, die allen Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen wird.

Die Antragsannahme mit der vom Facharbeitskreis Mobilität formulierten Ergänzung würde die Stadt dem Ziel einer barrierefreien Erreichbarkeit und Nutzbarkeit entscheidend ein Stück näher bringen. Wir würden uns über einen entsprechenden Beschluss sehr freuen.“

Um die barrierefreie Bauweise und Planung in der Landeshauptstadt München weiter zu verbessern, wird die Arbeit des Städtischen Beraterkreises barrierefreies Planen und Bauen derzeit weiterentwickelt. Alle Mitglieder des Beraterkreises werden einbezogen. Unter anderem wird die Frage, ob die vorhandenen Kapazitäten ausreichen, eine wichtige Rolle spielen. Dabei wird auch die Stellungnahme des Behindertenbeirats – Facharbeitskreis Mobilität berücksichtigt. Der Weiterentwicklungsprozess soll Mitte des Jahres 2017 abgeschlossen werden. Die Ergebnisse werden anschließend dem Stadtrat vorgelegt.

In diesem Zusammenhang wird der vorliegende Antrag noch einmal aufgegriffen und in die Abstimmung mit den städtischen Dienststellen einbezogen.

Ich hoffe, auf Ihr Anliegen hinreichend eingegangen zu sein. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

<sup>1</sup>Quelle: <http://www.byak.de/start/beratungsstellen/beratungsstelle-barrierefreiheit>



**Wie stellt sich die Landeshauptstadt angesichts fortschreitender Digitalisierung und Vernetzung in Gewerbe und Verwaltung den neuen Herausforderungen an die berufliche Ausbildung, Nachqualifizierung und Weiterbildung**

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Cetin Oraner und Brigitte Wolf (Die Linke)  
vom 21.11.2016

**Antwort Bürgermeister Josef Schmid, Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft:**

In Ihrer Anfrage vom 21.11.2016 führten Sie als Begründung aus:

*„Die Beherrschung der in Zusammenhang mit Arbeit 4.0 feststellbaren Prozesse setzt u.a. fortgeschrittene IT-Kenntnisse, d.h. auch ein hohes Vermögen zur Abstraktion voraus. Entsprechende neue Qualifikationen müssten erworben werden können, vorhandenes Erfahrungswissen darf nicht verloren gehen.*

*Trotz vielfacher Bemühungen der Betriebe, bei Digitalisierung und Vernetzung technisch Schritt zu halten und einiger Angebote für entsprechende Qualifizierung und Weiterbildung fühlen sich viele – vor allem kleinere – Betriebe bei der Bewältigung dieser Aufgaben allein gelassen. „Die digitale Arbeitswelt ist keine Zukunftsvision mehr, sondern sie ist längst Teil des Alltags“ wird in der Einladung zur Beschäftigungskonferenz 2016 des Referats für Arbeit und Wirtschaft zum Thema Arbeit 4.0 festgestellt.“*

Zunächst bedanke ich mich für die Fristverlängerung. Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

**Frage 1:**

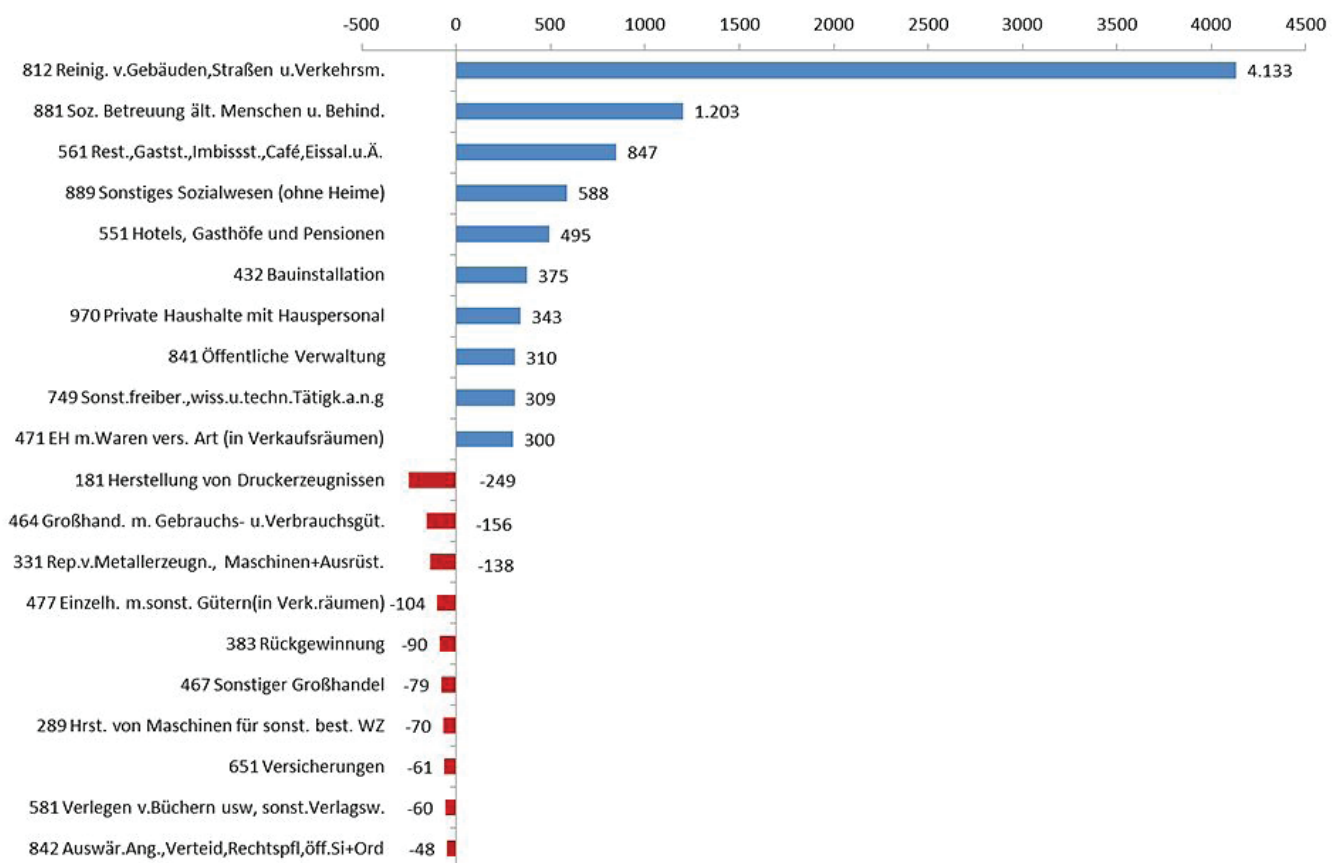
*Ist der Verwaltung bekannt, was im Zusammenhang mit Arbeit 4.0 mit den einfacheren Tätigkeiten geschieht und welche Beschäftigungsfelder für Menschen mit eher praktischen Fähigkeiten bleiben?*

**Antwort:**

Der Verwaltung ist im Detail nicht bekannt, was mit einfacheren Tätigkeiten im Zusammenhang mit Arbeit 4.0 geschieht. Es ist davon auszugehen, dass ein Überblick und seriöse Aussagen dazu aufgrund der höchst divergenten Wirtschaftsbereiche, Branchen, Betriebsgrößen, unterschiedlichen Verbreitung von Arbeit 4.0 und der verschiedenen Tätigkeitsfelder in München auch absehbar nicht möglich sind. Es gibt eine Vielzahl von Studien, die zu unterschiedlichen Einschätzungen hinsichtlich der Folgen von Arbeit 4.0 für die Arbeitswelt insgesamt und für einfachere Tätigkeiten im speziellen kommen.

Die Bezeichnung „Menschen mit eher praktischen Fähigkeiten“ ist unspezifisch. Im Folgenden wird auf Personen eingegangen, die als An- und Ungelernte im Bereich von Helfertätigkeiten beschäftigt sind. Zum 31.12.2015 waren in München 96.776 Personen in sogenannten Helfertätigkeiten beschäftigt, das sind 13.861 Personen mehr als im Jahr 2012. In Abbildung 1 sind die Veränderungen in einzelnen Wirtschaftsgruppen dargestellt. In den Wirtschaftsabteilungen, in denen Beschäftigung aufgebaut wurde, entstanden insgesamt 15.336 neue Beschäftigungsverhältnisse. In dem gleichen Zeitraum wurden hier 1.487 Stellen abgebaut.

Abbildung 1 Top 10 bei Gewinnen und Verlusten von sv Beschäftigungsverhältnissen im Bereich der Helfertätigkeiten in München von 2015 und 2012 (Stand jeweils 31.12., am Arbeitsort)



Quelle: Agentur für Arbeit, München; eigene Darstellung Referat für Arbeit und Wirtschaft

Die Veränderungen in den Bereichen Druckerzeugnisse und Verlagswesen (insgesamt -309) sowie Groß- und Einzelhandel (zusammen -339) sind am



ehesten in Verbindung mit Arbeit 4.0 zu sehen. Trotz Digitalisierung weitet sich die Beschäftigung im Einzelhandel (Kaufhäuser und Supermärkte, +300) und der öffentlichen Verwaltung (+310) leicht aus. Die stärksten Zuwächse sind weniger mit Arbeit 4.0 zu erklären, sondern mit dem hohen Bedarf an einfacher Dienstleistung in München. Allen voran sind hier die Gebäudereinigung (+4.133), der Hotel- und Gaststättenbereich (insgesamt 1.342) sowie der Bereich der sozialen Betreuung und das Sozialwesen (insgesamt 1.791) zu nennen.

**Frage 2:**

*Die Beschäftigungskonferenz wird Arbeit 4.0 in Zusammenhang mit dem Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm (MBQ) thematisieren. Welche neuen Angebote in den Sozialbetrieben und Projekten für Langzeitarbeitslose müssten geschaffen werden?*

**Antwort:**

In Zusammenhang mit den Veränderungen einer zunehmenden Digitalisierung von Arbeit muss auch weiterhin das Ziel sein, eine hohe fachliche Qualifikation sowie grundlegende IT-Kenntnisse zu vermitteln. Gleichzeitig sind Prozesswissen, Teamarbeit und Umgang mit Komplexität wichtige Anforderungen, die in den Maßnahmen und Projekten des MBQ vermittelt werden müssen.

Allerdings kann und darf die Ausgestaltung von Projekten und Maßnahmen nicht auf die reinen Anforderungen der Arbeitswelt – auch der Arbeitswelt 4.0 – ausgerichtet sein, sondern muss die individuellen Problemlagen und (z.T. multiplen) Vermittlungshemmnisse der Zielgruppen berücksichtigen. Im Rahmen des MBQ findet zusammen mit den Sozialbetrieben und Projekten für Langzeitarbeitslose eine stetige Anpassung der Maßnahmen an die Anforderungen der modernen Arbeitswelt unter Berücksichtigung der bereits vorhandenen Kenntnisse und Fähigkeiten der Zielgruppen des MBQ statt.

**Frage 3:**

*Welche Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote könnten den Münchner – vor allem kleineren und handwerklichen – Betrieben zur Anpassung an die Anforderungen und Möglichkeiten in Zusammenhang mit „Arbeit 4.0“ gemacht werden?*

**Antwort:**

Die Angebote des MBQ stehen Münchner Beschäftigten und Betrieben grundsätzlich offen. Bereits in der Vergangenheit wurden zur Begleitung des Strukturwandels Projekte und Maßnahmen – auch im Rahmen von

Förderprogrammen wie dem ESF – gefördert, die sich an Beschäftigte von kleineren und handwerklichen Betrieben richten. Es handelt sich dabei aber in aller Regel um sog. Pilotprojekte, die in Kooperation mit den Unternehmen und Kammern gemeinsam entwickelt und umgesetzt wurden. Im Rahmen des MBQ hat es sich bewährt, dass die Landeshauptstadt München in enger Zusammenarbeit mit den Kammern, Innungen und Arbeitnehmervertretungen die Entwicklung von Angeboten zur Weiterbildung in deren Pilotphase unterstützt. Das MBQ hat stets darauf geachtet, nicht in Konkurrenz zu dem Weiterbildungsangebot zu treten, das durch die Fach- und Berufsverbände, Kammern, Innungen, Agentur für Arbeit und Jobcenter sowie privatwirtschaftliche Unternehmen bereits gut abgedeckt wird. Deren inhaltliche Angebote werden nach den Bedürfnissen und Anforderungen der Unternehmen und ihrer Beschäftigten ausgerichtet. Das MBQ steht den relevanten Akteuren als unterstützender und fördernder Partner zur Seite. Es ist aber nicht beabsichtigt, eine Parallelstruktur im Bereich der Weiterbildung zu etablieren.

**Frage 4:**

*In wie fern kann das Pädagogische Institut und/oder die Münchner Volkshochschule mit Angeboten zur didaktischen Unterstützung von betrieblichen Ausbildern praktische Hilfestellung leisten?*

**Antwort:**

Die Zielgruppe des pädagogischen Instituts (PI) sind bei der Landeshauptstadt München beschäftigte Lehrkräfte. Aus diesem Grund bietet das PI auch keine Veranstaltungen zur didaktischen Unterstützung von betrieblichen Ausbilderinnen und Ausbildern im Zusammenhang mit Arbeit 4.0 an. Die MVHS beschäftigt sich seit einiger Zeit regelmäßig im Rahmen des Fachgebietes Computer & Internet sowie in der Offenen Akademie mit den Themen Web 2.0 und Industrie 4.0 insbesondere mit Vorträgen und Seminarangeboten für die breite Öffentlichkeit. Ein spezifisches Angebot zur Qualifizierung und Weiterbildung für Ausbilderinnen und Ausbilder in Betrieben liegt derzeit nicht vor. Angeregt durch die Münchner Beschäftigungskonferenz, an der die MVHS teilgenommen hat, sieht die MVHS in dem Themenfeld Arbeit 4.0 ein durchaus bedeutsames Handlungsfeld. Unter Mitwirkung von Partnern aus der Wirtschaft können die Qualifizierungsbedarfe definiert und ein entsprechendes Pilotangebot entwickelt, erprobt und bereitgestellt werden.

Ich hoffe, dass ich Ihre Fragen hiermit zufriedenstellend beantworten konnte.

# Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

---

## Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 19. Januar 2017

### **Park & Ride-Anlagen mit Toiletten ausrüsten**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl und Mario Schmidbauer (Fraktion Bayernpartei)

### **Die Situation jugendlicher Geflüchteter stabilisieren: München richtet verstärkt Möglichkeiten zur praktischen Berufsorientierung und Berufsvorbereitung ein**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider (ÖDP) und Cetin Oraner, Brigitte Wolf (Die Linke)

An den Oberbürgermeister  
der Landeshauptstadt München  
Herrn Dieter Reiter  
Rathaus, Marienplatz 8  
80331 München



München, 19.01.2017

**ANTRAG**  
**Park & Ride-Anlagen mit Toiletten ausrüsten**

Bei der Errichtung von Park & Ride-Anlagen ab 500 Stellplätzen werden künftig von Anfang an öffentliche Toilettenanlagen mit eingeplant. In Stadtrandlagen, in denen keine Gaststätten, WC-Anlagen am U-Bahnhof o.Ä. vorhanden sind, wird die Errichtung mit besonderer Priorität behandelt.

**Begründung:**

Aus verkehrs- und umweltpolitischen Gründen ist es äußerst wünschenswert, dass Pendler ihren PKW auf Park & Ride-Anlagen am Stadtrand parken und mit öffentlichen Verkehrsmitteln in die Innenstadt fahren. Bei großen Anlagen für mehrere Hundert Autos muss aber auch an die menschlichen Bedürfnisse der Fahrer gedacht werden! Wenn ausreichend und annehmbare WCs zur Verfügung stehen, lässt sich damit auch die unhygienische und abstoßende Verunreinigung der Park & Ride-Anlagen – zumindest weitgehend – verhindern.

Die Toilettenanlagen müssen für die Benutzer nicht zwingend kostenlos sein, für ein sauberes WC sind die meisten Menschen gerne bereit, eine kleine Gebühr zu bezahlen. Alternativ käme eine Finanzierung der Toiletten über Werbung und / oder Parkgebühren in Frage.

*Initiative:* **Johann Altmann**  
*weitere Fraktionsmitglieder:* Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl, Mario Schmidbauer



Ökologisch-Demokratische Partei



An den Oberbürgermeister  
der Landeshauptstadt München  
Herrn Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8  
80331 München

München, 19. Jan. 2017

## Antrag

### **Die Situation jugendlicher Geflüchteter stabilisieren:**

#### **München richtet verstärkt Möglichkeiten zur praktischen Berufsorientierung und Berufsvorbereitung ein**

Um jugendliche Geflüchtete möglichst rasch aus dem „Warte- und Herumhänge-Modus“ herauszubringen, werden die zuständigen Verwaltungsstellen - insbesondere Sozialreferat und Referat für Arbeit und Wirtschaft – aufgefordert, allen Betroffenen möglichst rasch einen Platz bei einem geeigneten Träger oder Unternehmen anzubieten, auf dem sie in adäquate praktische Tätigkeiten ihre Kompetenzen und Fertigkeiten kennenlernen, erproben und ausbauen können. Das Angebot solcher Praktikumsstellen erfolgt unabhängig vom asylrechtlichen Status, der Berufsschulpflichtigkeit und von einer möglichen späteren Arbeitserlaubnis.

#### **Begründung:**

In einem interministeriellen Schreiben noch zum Jahresende 2016 verfügte das Bayerische Innenministerium, dass Asylbewerbern aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten wie etwa Albanien, Senegal oder Ghana grundsätzlich keine Beschäftigungserlaubnisse zu erteilen seien. (Bericht Dietrich Mittler in Süddeutsche Zeitung vom 02.01.2017). Die Erteilung einer individuellen Arbeitserlaubnis wird abhängig gemacht von der statistischen Anerkennungsquote im Asylverfahren! In Fällen mit geringer Anerkennungsquote spreche „die migrationspolitische Erwägung dafür, den Antrag des Asylbewerbers auf Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis abzulehnen“ wird aus dem Schreiben des Innenministers zitiert.

Der Münchner Flüchtlingsrat sieht hier die Gefahr, dass nur noch Flüchtlinge aus Herkunftsländern mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit zum Arbeitsmarkt zugelassen werden sollen.

Für die Münchner Stadtgesellschaft, ob Bürger, Helfer oder Wirtschaft, steht eine solche Zielsetzung völlig konträr zu den von allen angestrebten Integrations- und Inklusionszielen. Denn eine frühzeitige Eingliederung in sinnvolle Arbeitsprozesse ist die beste Voraussetzung für gelingende Integration. „Integration“ darf nicht zum „Abschiebehemmnis“ pervertiert werden.

**Cetin Oraner (DIE LINKE), Sonja Haider (ÖDP), Brigitte Wolf (DIE LINKE)**

**Ausschussgemeinschaft: ÖDP Stadtratsgruppe & DIE LINKE Stadtratsgruppe**

Rathaus, Marienplatz 8 • Stadtratsbüro: Zimmer 174 - 176 • 80331 München

ÖDP: Telefon: 089 / 233 – 259 22 • E-Mail: stadtrat@oedp-muenchen.de

DIE LINKE: Telefon: 089 / 233 – 252 35 • Fax: 089 / 233 - 2 81 08 • E-Mail: info@dielinke-muenchen-stadtrat.de

# Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

---

## Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 19. Januar 2017

**U-Bahn: 30 neue Rolltreppen in 14 Stationen; Start im U-Bahnhof Aidenbachstraße**

Pressemitteilung MVG

**Terminhinweis**

Pressemitteilung GEWOFAG

# MVG Information für die Medien

19.1.2017

## U-Bahn: 30 neue Rolltreppen in 14 Stationen; Start im U-Bahnhof Aidenbachstraße

Die Stadtwerke München (SWM) erneuern in diesem Jahr voraussichtlich 30 Rolltreppen in 14 U-Bahnhöfen im Netz der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG). Die Anlagen werden altersbedingt ausgetauscht. Auftakt ist an der Aidenbachstraße (U3): Dort wird ab Montag, 23. Januar das Rolltreppenpaar erneut, welches vom Bahnsteig Richtung Busbahnhof führt (Anlagen-Nr. AB 01 und AB 02). Die beiden Rolltreppen können aufgrund ihrer räumlichen Nähe nur gleichzeitig bearbeitet bzw. ausgetauscht werden.

Fahrgäste können während der Bauarbeiten auf den nahen Aufzug, die Festtreppe oder die Rolltreppen auf der Gegenseite ausweichen. Die Erneuerung soll Mitte Februar 2017 abgeschlossen werden. Im Laufe des Jahres werden außerdem die Rolltreppen AB 06 und AB 07 in dem Bahnhof erneuert, zwei weitere 2018. Die genaue Lage der einzelnen Rolltreppen und ihren aktuellen Betriebszustand zeigt der Service „MVG zoom“, der unter anderem über [www.mvg-zoom.de](http://www.mvg-zoom.de) und in der App „MVG Fahrinfo München“ erreichbar ist.

Bis Ende dieses Jahres tauschen SWM/MVG außerdem 26 weitere Rolltreppen in folgenden Stationen aus: Alte Heide (U6), Arabellapark (U4), Böhmerwaldplatz (U4), Dietlindenstraße (U6), Freimann (U6), Giselastraße (U3/U6), Hauptbahnhof, Karlsplatz (Stachus), Kieferngarten (U6), Marienplatz (U3/U6), Nordfriedhof (U6), Ostbahnhof (U5), Prinzregentenplatz (U4), Universität (U3/U6), Theresienwiese (U4/U5) und Westpark (U6). Die heuer anstehenden Erneuerungen sind Teil des dritten Austauschprogramms über insgesamt 125 Rolltreppen bis Ende 2019.

### Herausgeber

Stadtwerke München GmbH  
Pressestelle  
Telefon: +49 89 2361-5042  
E-Mail: [presse@swm.de](mailto:presse@swm.de)  
[www.swm.de](http://www.swm.de)

### Redaktion

Pressereferent Bereich MVG  
Matthias Korte  
Telefon: +49 89 2361-6042  
E-Mail: [korte.matthias@swm.de](mailto:korte.matthias@swm.de)  
[www.mvg.de](http://www.mvg.de)

# MVG Information für die Medien

Die Erneuerung von Rolltreppen erfolgt in der Regel nach rund 30 Einsatzjahren. Ein Weiterbetrieb würde überdurchschnittlich hohe Instandhaltungs- und Reparaturkosten nach sich ziehen, zumal teilweise kaum noch Ersatzteile zu bekommen sind. Ein Austausch ist daher wirtschaftlicher. SWM/MVG verzeichnen auch sinkende Instandhaltungskosten. Grund: Die Rolltreppen sind in ein Online-Netzwerk eingebunden, das die Diagnose und Reparatur im Störfall erheblich erleichtert. Die Ausfallzeiten verkürzen sich um bis zu 25 Prozent. Moderne Anlagen mit weniger Verschleißerscheinungen und kürzeren Ausfallzeiten stehen für eine hohe Verfügbarkeit – und sind damit auch für die Kunden von Vorteil. Alle Anlagen sind mit den neuesten sicherheitstechnischen Einrichtungen ausgestattet.

SWM/MVG zählen zu den größten Rolltreppen-Betreibern in Deutschland. Aktuell sind 771 Rolltreppen mit mehr als 69.000 Stufen und einer gesamten Förderhöhe von über 5.000 Metern in Betrieb. Bis zu 6.500 Fahrgäste sind pro Stunde auf einer Rolltreppe unterwegs. Eine Stufe fährt in ihrem Leben – je nach Anlage – fast bis zum Mond (rund 350.000 km). Trotz hoher Beanspruchung der Anlagen liegt die Verfügbarkeit bei 95% und mehr.





Ein Unternehmen der  
Landeshauptstadt München



## **Terminankündigung Informationsveranstaltung der GEWOFAG zur Unnützwiese**

**Informationsveranstaltung zum Projekt „Wohnen für Alle“ der GEWOFAG an der  
Unnützwiese in Trudering am 24.01.2016**

*München, 19. Januar 2017.* Im Auftrag der Landeshauptstadt München plant die GEWOFAG an der Unnützstraße/ Ecke Bajuwarenstraße in Trudering ein Projekt des Programms „Wohnen für Alle“. Um den Truderinger Bürgerinnen und Bürgern das Bauvorhaben vorzustellen, Fragen zu beantworten und Anregungen aufzunehmen, lädt die GEWOFAG herzlich ein zu einer Informationsveranstaltung:

**am 24. Januar 2017, Beginn: 18:00 Uhr, Ende: 20:30 Uhr,  
im Kulturzentrum Trudering, Wasserburger Landstraße 32, 81825 München.**

Die Geschäftsführung der GEWOFAG sowie Vertreterinnen und Vertreter der Landeshauptstadt München werden für den Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort sein.

### **GEWOFAG**

Die GEWOFAG ist eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft und mit ca. 35.000 Wohnungen Münchens größte Vermieterin. Sie stellt seit rund 90 Jahren den Münchner Bürgerinnen und Bürgern Wohnraum zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung und bietet damit Alternativen im angespannten Münchner Wohnungsmarkt. Neben Neubau und Vermietung sind die Sanierung und Instandsetzung des Wohnungsbestands die wichtigsten Aufgaben der GEWOFAG.

### **Pressekontakt**

Sabine Sommer  
Konzernsprecherin  
GEWOFAG Holding GmbH  
Tel.: 089 4123-372  
E-Mail: [sabine.sommer@gewofag.de](mailto:sabine.sommer@gewofag.de)  
[www.gewofag.de](http://www.gewofag.de)